

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.-
vierteljährlich 48.-
halbjährlich 98.-
jährlich 192.-

Zustellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourkarte.

Erscheint mit Ausnahme
des Montags täglich früh

Kündigung des Lohnüber- einkommens im nordwestböhmischem Braun- kohlenbergbau.

Prag, den 3. Dezember. Die Bergarbei-
terverbände Union der Bergarbeiter, Svaz, Stru-
zen und Jednota hornitů haben heute das Lohn-
überkommen für Nordwestböhmen gekündigt.
Die Kündigung umfasst die Abschnitte 1, 2, 3, 4,
6 und 7 des Lohnvertrages vom 5. März 1928.
Durch diese Kündigung des Lohnüberkommens
ist der Lohnkampf der Bergarbeiter in ein neues
Stadium getreten.

Die Kommunisten haben die bevorstehende
Kündigung des Vertrages zu einer wüsten Agita-
tion gegen die Union der Bergarbeiter und für
die sofortige Ausrufung des Generalstreikes be-
nutzt. Trotzdem sie schon fünfmal die Bergarbei-
ter Nordwestböhmens zum Streik aufgefordert
haben, ist ihnen auch nicht ein einziger Bergar-
beiter auf den Leim gegangen. Auch die Mitglie-
der der kommunistischen Gewerkschaft und ihre
Vertrauensmänner arbeiten auf allen Schächten
wie gewöhnlich.

Beginn der Spaltung der Deutsch- nationalen.

Berlin, 3. Dezember. (Eigenbericht.) Heute
hat der Beginn der Abspaltung von der Eugen-
bergpartei begonnen. Die Partei hat nämlich
beschlossen, gegen die Reichstagsabgeordneten
Hartwig, Hülfser und Lambach, welche
sich mit dem parteioppositionellen Abgeordneten
Treviranus solidarisch erklärt hatten, das
Ausschlussverfahren einzuleiten. Es ist zu erwar-
ten, daß es hierbei nicht bei den vier Abgeord-
neten verbleibt, sondern, daß noch weitere folgen
werden, wenn erst der Volksentscheid vorüber ist.
Die vier Abgeordneten lassen verstanden, daß sie
den Ausschluss nicht abwarten, sondern schon
früher austreten werden. Diesem Austritt wird
große politische Bedeutung zukommen, weil es
sich hier durchwegs um christliche Gewerkschaf-
tler handelt, wodurch die Partei den Großteil der
Arbeiterstimmen verlieren dürfte. Wenn sich den
vier Genannten noch der Landtagsführer
Schiele zugesellen sollte, was leicht möglich ist,
so würden sich die Deutschnationalen fürderhin
nur auf industrielle Kreise stützen.

Christlich-soziale Volkspartei.

Berlin, 3. Dezember. (Tsch. P. B.) Die
deutschnationalen Reichstagsfraktion nahm heute
abend in einer Sitzung Stellung zu dem Beschluß
des deutschnationalen Parteivorstandes, der das
Ausschlussverfahren gegen die Abgeordneten Lam-
bach, Hülfser und Hartwig einleitete. In der
Fraktionsitzung wurde ein Brief des Abgeord-
neten Lambach an den Fraktionsvorsitzenden be-
kanntgegeben, in dem es heißt: Die Vorgänge
in der heutigen Parteivorstandssitzung haben mich
veranlaßt, aus der deutschnationalen Volkspartei
auszutreten. Sitzungsgemäß löst sich damit die
Fraktionsgemeinschaft. Der Austrittsverfahren
des Abg. Lambach schlossen sich die Abgeordneten
Hülfser und Hartwig an. Die drei ausgeschiedenen
Abgeordneten werden, wie es heißt, ihre Mandate
nicht niederlegen. In parlamentarischen Kreisen
verlautet, daß nicht nur diese Abgeordneten, son-
dern noch verschiedene Mitglieder der deutschna-
tionalen Fraktion, die der christlich-nationalen
Gewerkschaftsbewegung nahestehen, sich zu einer
besonderen Gruppe im Reichstag zusammenschlie-
ßen, die vornehmlich den Namen „Christlich-
soziale Volkspartei“ führen wird. Es soll sich
dabei um ungefähr 18 Abgeordnete handeln.

Weitere Austritte.

Berlin, 3. Dezember. (Tsch. P. B.) Die Ab-
geordneten Dr. Albin, Lejeune-Jung und Tre-
viranus haben in Verfolg der heutigen Frak-
tionsitzung der deutschnationalen Volkspartei
ihren Austritt aus der Partei und Fraktion
erklärt.

Eine Heimwehorganisation au gelöst.

Wien, 3. Dezember. (Tsch. P. B.) Die
Bundespolizeidirektion hat die Einlösung der
Bereitschaft des Vereins „Heimwehr-Oester-
reich“, einer kleineren Heimwehorganisation mit
altösterreichischer monarchistischer Richtung, ver-
fügt, weil der Verein durch Überschreiten sei-
nes statutenmäßigen Wirkungsbereiches besonders
durch unbefugte Zusammenkünfte Anlaß zu
zahlreichen Beschwerden gegeben hat. Zugleich
wurde bei der Landesregierung für Wien die
Auflösung des Vereines „Heimwehr-Oester-
reich“, der den übrigen in den österreichischen
Selbstschutzverbänden zusammengeschlossenen Heim-
wehverbänden nicht angehört, beantragt.

Noch keine Entscheidung.

Antwort der tschechischen Sozialdemokraten auf Udrzals letzte Vorschläge
erst heute Nachmittag.

Prag, 3. Dezember. Ziehervaste Spannung
charakterisierte den heutigen Tag in den Räumen
des Parlaments. Wohl wurde schon öfters in den
letzten Wochen die „Entscheidung“ für morgen
angekündigt und immer wieder hatte sich diese
Prophezeiung als irrig herausgestellt, aber heute
waren der Vorgesetzten für die Beendigung der
Krise denn doch schon so viele, daß man an ihnen
nicht vorbeigehen konnte, daß man sie ernst neh-
men mußte. Es war heute sozusagen nur ein Zu-
fall, daß die Entscheidung am Abend doch
wieder bis morgen vertagt wurde. Diese Frist
dürfte für das Zustandekommen des
Udrzalschen Konzentrationkabinetts, besser ge-
sagt: für die Ressortverteilung innerhalb eines
solchen Kabinetts, denn doch schon unwiderstän-
dlich sein. Abgesehen davon, daß die sechste We-
che nun der Tschechoslowakei schon langsam den Welt-
rekord im Nichtzustandekommen einer parlamen-
tarischen Regierung einbringen dürfte, drängen
zwei bis Jahresabschluss terminierte Vorlagen un-
erbittlich auf die unverzügliche Einberufung des
Parlamentes.

Schließlich glaube niemand, daß das so
schwer unklämpfte Konzentrationkabinetts schon
an der Resorfrage scheitern könnte, wo es sich
doch schließlich noch eine dritte Klippe, das Re-
gierungsprogramm, ausweichen kann, an der
es scheitern sozusagen wenigstens ehrenvoller
wäre.

Die Breguise für heute stand also auf
Einigung über die Resorfrage, wenn auch erst
nach einigen letzten Plänkeleien. Niemand ver-
konnte darüber die weiteren Schicksals-
richtungen, die sich aus der Programmfrage
wohl ergeben werden, und die zu lösen eine weitere
harte Nuß für Herrn Udrzal sein wird, wenn es
dazu überhaupt noch kommt. Diesen Nachsatz
muß man heute buchstäblich sehr ernst nehmen.

Am Vormittag war das Kabinetts in allen
parlamentarischen Kreisen überhaupt schon als
begeben angesehen, und man erwartete für nach-
mittag die offizielle Ankündigung, daß Udrzal
sein Mandat unverrichteter Dinge in die Hand
des Präsidenten zurückgelassen habe. Den Grund zu
diesem Pessimismus legten Meldungen über eine
Botschaft der tschechisch-sozialde-
mokratischen Unterhändler beim
Ministerpräsidenten, die ihm ihre For-
derungen hinsichtlich der Ressorts neuerdings vor-
legten und über seine Gegenanträge eine endgül-
tige Antwort bis 6 Uhr abends in Aussicht stell-
ten. Der Kampf ging dabei, wie durch-
sichtiger, hauptsächlich um das Innen-
ministerium. Hier stehen die Forderungen
von rechts und links hart aneinander. Der
Linksblock forderte die Ausschaltung dieses Mi-
nisteriums aus der agrarischen Sphäre, während
Udrzal beiderseitig erklärt haben sollte, daß er
dieses Ministerium weder einem Sozial-
demokraten noch einem Nationalso-
zialisten geben könne. Niemand will nachge-
ben, also wird Udrzal zurücktreten — das schien
die einzige Lösung zu sein.

Nach einer Aussprache zwischen den
tschechischen Sozialdemokraten und

Nationalsozialisten, die in den Mittags-
stunden vor sich ging, schlug die Stim-
mung um. Wohl war bekannt, daß der Partei-
vorstand der tschechischen Sozialdemokraten am
Nachmittag die Entscheidung in der Hand habe,
aber irgendwie hatte sich das Gerücht durchgesetzt,
daß ein Kompromiß, in dem das Schul-
ministerium eine Rolle spielen sollte, auf
dem Wege sei. Sofort kurierte denn auch die
unvermeidliche Ministerliste, die nicht einmal
mehr so unwahrscheinlich war. Alle anderen noch
schwebenden Resortdifferenzen außer dem In-
nenministerium hielt man für minder wichtig
und deshalb für leicht zu bereinigen. Die bei-
den deutschen Ressorts waren schon
außerhalb der Diskussionen. Selbst
die tschechischen Agrarier schienen sich bereits mit
der Tatsache eines deutschen sozialdemo-
kratischen Fürsorgeministeriums
abgefunden zu haben, während den deutschen
Agrariern niemand ernsthaft zutraute — sie
selbst sich am allerwenigsten — daß sie der Zu-
teilung des Gesundheitsministeriums
an Spina mehr als einen papierernen Protest ent-
gegenstellen würden.

Dann kam aber der letzte und endgültige
Umschwung des Tages, nämlich der zum
begründeten Pessimismus, bei dem es schließlich
auch blieb. In dem Maße, als sich die im Volks-
haus in der Sbernergasse tagende Sitzung der
Parteiabteilung und der parlamentarischen Klubs
der tschechischen Sozialdemokraten,
die programmgemäß um 4 oder spätestens 5 Uhr
fertig sein sollte, in die Länge zog, wurden auch
die Gesichter der auf die Regierungsbildung har-
renden Journalisten immer länger, und die Mi-
nisterlisten verschwanden mit einem Male. Nach
7 Uhr abends erfuhr man, daß die Sitzung heute
überhaupt nicht mehr zu Ende kommen werde
und daß daher Udrzal telephonisch ersucht wor-
den sei, sich mit der Beantwortung sei-
ner Vorschläge durch die tschechische Sozial-
demokratie bis Mittwoch nachmittag zu
gedulden. Die Entscheidung war daher wieder
einmal um 24 Stunden vertagt.

Wie man inoffiziell erfuhr, war in der Sit-
zung der tschechischen Genossen die Meinung vor-
herrschend, daß die Vorschläge Udrzals
auch in ihrer neuesten Form als un-
zureichend zu bezeichnen seien. Trotz-
dem die Beratungen morgen noch weitergehen,
beurteilt man die Situation in führenden Krei-
sen der tschechischen Sozialdemokratie pessimi-
stisch, wenn nicht als hoffnungslos, allerdings
immer nur im Hinblick auf das Zustandekommen
des Konzentrationkabinetts, das ja
nirgends auf ungeteilten Beifall stößt.

Daß unter all diesem aufregenden Hin und
Her dieses Tages unser Aufleger Parteitag nicht
nur nicht unterging, sondern vielmehr in den
Consoirs und Klubs eifrig diskutiert wurde,
namentlich was die dort angenommenen Resolu-
tionen betrifft, ist sicher mit ein Zeichen dafür,
daß die deutsche Sozialdemokratie in den letzten
Wochen zu einem wichtigen Faktor unserer In-
nenpolitik geworden ist.

Mährisch-schlesische Landesvertretung.

Brünn, 3. Dezember. Heute trat die mährisch-
schlesische Landesvertretung zu ihrer vierten
Sitzung zusammen. Auf der Tagesordnung be-
findet sich der Landesvoranschlag für
1930, dessen Verhandlung durch ein ausführliches
Exposé des Finanzreferenten Drobný einge-
leitet wurde. Die Ausführungen Drobnýs gaben
ein Bild davon, wie sehr die Rechte der gewähl-
ten Vertreter der Bevölkerung durch die Ver-
waltungsreform eingeengt wurden. Wie glänzend
sich die von der Regierung ernannten „Fachleute“
bewähren, dafür liefert den Beweis, daß we-
der Herr Paqa noch Herr Sonnen-
schein bei der Budgetberatung erschienen
sind. Nach der Rede des Finanzreferenten, der
übrigens die finanzielle Lage des Landes in
dieser Form schilderte, sprachen der Deutsch-
nationaler Prof. Reinfuß, der tschechische So-
zialdemokrat Cerný, der sich eingehend mit der
durch die Verwaltungsreform hervorgerufenen
Rückbildung Schlesiens befaßte und der deutsche
Nationalsozialist Gröger.

In der Sitzung erschienen heute zum ersten-
male an Stelle des tschechischen Sozialdemokraten
Dr. Mareš Genosse Zekábel, an Stelle Dr.

Dr. Reichs der Deutschnationaler Mayer aus
Troppau, an Stelle der tschechischen Agrarier
Rovál und Marek die Landwirte Rečhura
und Oslabíl.

Die Budgetdebatte wird morgen fortgesetzt.

Die tschechische nationalistische Presse gegen
die deutsche Sozialdemokratie. Während der gan-
zen fünf Wochen, da Udrzal wegen der Regie-
rungsbildung verhandelt, wird in den „Ra-
rodni Listy“ und in der „Rodni Politika“, den
beiden nationaldemokratischen Blättern, nie-
mand so angegriffen wie unsere Partei. So
sagt die „Rodni Politika“ Dienstag: „Mit
besonderer Verwunderung muß es die tschechische
Öffentlichkeit aussprechen, daß auch der Füh-
rer der deutschen Sozialdemokraten, der in der
Funktion des Vizepräsidenten des Abgeordneten-
hauses so leidenschaftlich der Staatsprache aus-
wich, ein Ministerpostenküßel erringen will
und daß es ihm auch angetragen wurde. Von
Jahr zu Jahr geht es bei uns mit dem nationa-
len Stolz herunter. Insbesondere an den
hohen Stellen finden wir zu einer Liebdeinererei
den Deutschen und dem deutschen Sozialismus
berunter.“ Die scharfen Angriffe des tschechischen
Bürgertums gegen uns können uns nur freuen.

Noch ein Nachwort.

Nach der Abstimmung auf dem Aufstiegs-
Parteitag besteht kein Zweifel, daß die über-
große Mehrheit unserer Vertrauensmänner,
aber auch die der deutschen sozialdemokratischen
Arbeiterchaft, das Vorgehen des Parteivor-
standes in Bezug auf eine eventuelle Regie-
rungsbeilegung billigt. In erster Linie der
Erwägungen, welche diesen Beschluß des Par-
teitages bedingten und herbeiführten, stand
die Erkenntnis der Notwendigkeit der Bewah-
rung der proletarischen Solidarität gegenüber
der tschechischen Sozialdemokratie, die nicht
ohne dringende Not jemals wieder preisgege-
ben werden dürfe. Der Genosse Strbin nennt
im „Právo Lidu“ die Aufstiegs Entscheidung
richtig eine Tat der Solidarität, aber es wäre
nicht ganz richtig, wollten wir behaupten, daß
ausschließlich die Rücksicht auf unsere tsche-
chische Bruderpartei und nicht auch Rücksicht
auf die deutsche Arbeiterchaft hierbei bestim-
mend gewesen ist. Bei aller unerlässlichen Auf-
rechterhaltung der Selbstständigkeit beider Par-
teien können die tschechische und die deutsche
Sozialdemokratie doch nur bestimmend in das
Schicksal der arbeitenden Menschen im Staate
einzugreifen hoffen, wenn sie gemeinsam auf
einer Kampflinie verbleiben. Was immer die
gehässige Kritik unserer Gegner von rechts
und links über die angeblich ausgebliebenen
Wirkungen des internationalen Smichov
Kongresses vorbrachte — und auch mancher von
uns hätte gerne gelehrt, wenn dem in Smichov
gewagten ersten Schritt bald ein zweiter gefolgt
wäre — so wußten wir doch besser als unsere
hässlichen Kritiker, daß die Saat von Smichov
heranreife und daß sie früher oder später für
die gesamte Arbeiterchaft gute Früchte tragen
muß. Will man von einem zweiten Schritt
sprechen: hier ist er! Was zuerst seine Früchte
waren, die geknüpft wurden, sie werden in den
Auswirkungen von Aufstiegs zu einem festen und
hoffentlich bald unzertrennbaren Bande werden.
Wir waren in Aufstiegs nicht nur mit der Ver-
antwortung vor der Internationale, sondern
auch vor uns selbst und vor der ganzen Arbeit-
terklasse beladen und über alle Bedenken
stieg schließlich der Gedanke, es müsse auch ein
nicht von vorneherein mit allen Garantien und
„mündelsicheren“ Kartellen auf einen unbedingt
sicheren Erfolg basierter Versuch einer verän-
derten politischen Taktik unternommen wer-
den, um das in seinen lähmenden und zerstö-
renden Wirkungen Unausdenkbare, die Zerrei-
hung der gesponnenen Fäden zwischen der
deutschen und tschechischen Arbeiterklasse, zu
verhüten. Es sei zugegeben, daß dies der
Hauptgrund für Aufstiegs war, daneben gab es
aber auch noch andere wichtige Gründe und Er-
wägungen.

Niemand war und ist weniger geneigt,
die von manchen unserer Parteifreunde vorge-
brachten Einwände und Bedenken zu bagatel-
sieren, niemand hätte es peinlicher empfunden,
wenn der Parteitag sich nicht zu einem Akt
der ernstesten Gewissenserforschung gefaltet
hätte, oder wenn er gar in Hurrahsstimmung
verfallen wäre. Es ist selbstverständlich, daß
der Parteivorstand zuerst alle erdenklichen
Bedenken abwog und er erwartete dies auch
von allen Vertrauensmännern der Partei, ja
auch von jedem der Parteimitglieder. Ehe der
Parteivorstand vor den Parteitag trat, hatten
sich in seinem Schoße alle seine Mitglieder in
tagelangen Debatten über das uns neugestellte
politische Problem auseinandergesetzt, vor
nichts, vor keiner Möglichkeit die Augen ver-
schließen. So einfach lag und liegt dieses Pro-
blem eben nicht und es kann — das muß mit
aller Klarheit und Offenheit gesagt werden —
sonst nur dann, so stand es für alle fest,
beantwortet werden, wenn sich nach genauester
Prüfung hinter die gefällte Entscheidung die
Masse unserer Parteimitarbeiter und der deut-
schen Arbeiterchaft überhaupt stellt. Unter den
Einwänden, die wir uns selbst und die man-
che unserer Parteifreunde vorzutragen, war einer der
erwägenswertesten der, ob die politische und
wirtschaftliche Situation und ob die deutsche
Arbeiterchaft „reif“ ist für eine solche Verän-

berung der politischen Taktik, ob nicht unerfüllbare Illusionen entstehen könnten und ob die Arbeiterchaft nicht einer schweren Enttäuschung anheimfallen werde, wenn unser Ringen auf einem neuen Kampfboden nicht mit großen Erfolgen abschließen werde, die nach der Sachlage in nächster Zeit kaum zu erwarten seien. Der Parteitag legte diesen sicher aller Würdigung notwendigen Erwägungen gegenüber Wert auf die Feststellungen, daß es verhältnismäßig wäre, sich bezüglich der unbedingten Erfolgs-möglichkeiten Illusionen hinzugeben und es ist leicht vorstellbar, daß es Verhältnisse und Regierungskoalitionen geben könne, die verheißungsvoller sind als sie jetzt gegeben sein dürften. Andererseits darf nicht vergessen werden, daß unsere Partei, auch wenn sie die größte unter den deutschen Parteien ist, doch nur 21 Abgeordnete unter 300 zählt und die sozialistischen Parteien in ihrer Gesamtheit noch lange nicht die Mehrheit der Wählbaren im Parlamente besitzen. An der Lösung von unseren tschechischen Genossen würden diese 21 Mandate nur allzu leicht wiegen, in der Anlehnung an die tschechischen sozialistischen Parteien dagegen werden sie unter allen Umständen etwas bedeuten.

Große oder größere Erfolge für die Arbeiterchaft! Immer werden diese von deren politischer Stärke, von der Stärke ihrer Parteien, von ihrer Geschlossenheit und von manchen anderen Umständen abhängen. Anders stünde die Lage schon, wenn die kommunistische Partei eine politische Größe, ein für die Gestaltung des Schicksals der Arbeiterklasse in Betracht kommender Faktor wäre, oder wenn durch sie nicht ein großer Teil der Arbeiterchaft aus der Front des Kampfes um die Forderung der eigenen Geschicke der Arbeiterchaft ausgeschieden wäre. Der Sozialismus wäre dann allein schon durch die Eingliederung dieser noch immer auf verhängnisvollen Irrwegen wandelnden Arbeitermassen ein Machtfaktor, mit dem, welches Kampfboden er auch beziehen würde, innerhalb wie außerhalb des Parlaments in weit höherem Maße als jetzt gerechnet werden müßte. Zugegeben, daß die neuartige Kampfperiode, der wir aller Wahrscheinlichkeit nach entgegengehen, nicht mit weithin sichtbaren, ganz großen Erfolgen abschließt, so bleibt noch die Frage offen: sollen wir auf alles verzichten, wenn wir weniger als der noch so begreiflichen Ungeduld manches unter uns entspricht, erreichen können? Können wir, da schwierigere Verhältnisse nun einmal bestehen, als wir sie gerne als Voraussetzung wünschen würden, so lange zuwarten, bis diese Verhältnisse von selbst eintreten — und es ist immerhin fraglich, bei welcher Art unserer Politik sie eintreten werden — und bis dahin rundweg erklären, das Regieren im Staate, die Gesetzgebung, die Sorge für die Verwaltung, für die Demokratie, für die Aufrechterhaltung des Parlamentarismus wäre alleinige Angelegenheit der Bourgeoisie? Können und dürfen wir es dulden, daß das von der Wählerschaft mit einem deutlichen Mißtrauensvotum bedachte schändliche und schändliche Bürgerblutregime in irgend einer etwas veränderten, aber im Geiste und in seinem gegen die Arbeiterchaft gerichteten Vernichtungswillen wieder aufgerichtet

werde? Würde dann nicht das Schlimmste eintreten, was uns widerfahren könnte: daß Hoffnungslosigkeit in die Wirkungsmöglichkeiten der sozialistischen Parteien und Massen erfährt und sie dann leicht die Beute gerissener, gewissenloser Demagogen werden? Trauen wir uns nicht zu, wenigstens manches Schlechte zu verhindern und so zu verhindern, daß die soziale und politische Lage der Arbeiterchaft sich noch schlechter gestaltet, als sie unter der schrankenlosen Herrschaft der kapitalistischen internationalen Reaktion schon geworden ist?!

Das Wort Regierungskoalition hat keinen guten Klang, aber es muß, wenn wir nie verfehlen, wo die Quelle unserer Kraft ist und wo der Stützpunkt unseres Handelns bleiben muß, nicht eine Koalition wie die andere sein. Niemand wird uns zumuten, daß wir in einer

Kommunistische Verriidtheiten.

Die Regierungsbildung, die mögliche Teilnahme der sozialistischen Parteien an einer Konzentrationregierung wird von der kommunistischen Partei in der gewohnt verlogenen Weise kommentiert. Die „Internationale“ vom 28. November schreibt in ihrem Artikel „Vor der tschechisch-sozialistischen Konzentration“ unter anderem folgendes:

... Weil die Sozialfaschisten infolge ihres größeren ziffernmäßigen Einflusses bei den Massen viel besser als die Merkmalen, die bei den letzten Wahlen Stimmen verloren, in der Lage sind, die Geschäfte der Unternehmer und Großgrundbesitzer zu befragen.

Damit ist unsere Voraussage bestätigt: die Reformisten werden nach unten hin zum Exekutivorgan des faschistischen Anfses. Sie werden mit Judentum und Ketzerei, d. h. mit politischer Demagogie und Gewalt den Arbeitermassen die Notwendigkeit der erhöhten Ausbeutung beibringen...

Die Sozialfaschisten werden also außer den Interessen des Großkapitals auch noch jene der Agrarier zu vertreten haben. Und sie werden ihre „Pflicht“ erfüllen. Herabsetzung der Löhne und Steigerung der Preise — das haben die Arbeiter von dieser neuen Regierung zu erwarten.

Am 29. November schreibt es unter dem Schlagwort „Deutsche Sozialdemokraten in die Regierung“, daß sich die deutschen Sozialdemokraten heute bereits mit den Landbündlern sehr gut verstehen und für die erhöhten Agrarpreise nach reichsdeutschem Muster eintreten werden. Zum Schluß heißt es:

„Nun beginnt für die deutsche Arbeiterklasse dieses Staates ein neues Kapitel ihrer politischen Erfahrungen. Von diesem Augenblick an wird sich zeigen, daß wir recht hatten, wenn wir bisher immer schrieben, daß der Sozialfaschismus arbeitersfeindlich ist, daß er ein Teil des bürgerlichen Machtapparates ist und daß er im Interesse des Proletariates niedergeworfen werden muß.“

Ohne eine blasse Ahnung zu haben, unter welchen Voraussetzungen und Garantien die Teilnahme der sozialistischen Parteien an einer Koalitionregierung erfolgen soll, bricht die „Internationale“ sofort den Stab über die „Sozialfaschisten“ und verdächtigt sie in nicht mehr zu überbietender Weise des schamlosesten Massenverrates. Allerdings ist dieses hysterische Geschrei der „Internationale“ weder neu noch originell:

Koalition dauernd verbleiben könnten, in der wie in der Bürgerkoalition nur der Wille einer Partei bestimmend wäre. Eines der am lebhaftesten auf dem Russiger Parteitag affirmierten Worte war, daß wir niemals Sklaven der Koalitionspolitik sein werden und sein dürfen. Wer unsere Partei, unsere alte sozialistische Tradition, den demokratischen Aufbau und Geist unserer Partei kennt, der ist überzeugt, daß dies auch nie so werden kann. Es gab Gründe und Gegenstände, aber die erste Erwiesene sich als stärker. Der Russiger Parteitag hat eine neue Epoche unserer Kämpfe für den Aufstieg der Arbeiterchaft und des Sozialismus eingeleitet, er hat uns kein Kampfmittel genommen, aber ein neues gegeben und in diesem Sinne liegt seine weittragende Bedeutung. W. N.

alles schon dogmatisch! Wir „Sozialfaschisten“ können einfach machen, was wir wollen, immer werden wir von den Kommunisten systematisch und gewissenlos beschimpft. Wenn wir mit ihnen einen Streit führen, im Parlamente für ihre Anträge stimmen, gleich ihnen sonst den Kampf gegen die kapitalistische Klasse führen: stets sind wir die schlechten Kerle! Gegen eine solche verrückte „Logik“ läßt sich einfach nichts machen. So lange die kommunistischen Mäcker nicht ins Narrenhaus kommen, wohin sie vielfach gehören, wird man ihre Tiraden mit Geduld und Nachsicht über sich ergehen lassen müssen. Wir werden aushalten!

„Eine Tat der Solidarität“.

„Pravo Lidu“ über unseren Parteitag.

Im „Pravo Lidu“ befaßt sich der Chefredakteur Josef Stivin mit den Verhandlungen und Beschlüssen unseres Russiger Parteitages, wobei er zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entwicklung der sozialdemokratischen Parteien in den letzten Jahren wirft und sodann fortfährt:

„Unser gemeinsamer Smichover Kongreß war von feindsüchtigen Bemerkungen in der bürgerlichen und kommunistischen Presse begleitet. Es fehlte auch nicht an lächerlichmachenden Stimmen, es sei angeblich nur eine Parade gewesen und die Wirklichkeit habe dabei gefehlt. Daß dem nicht der Fall gewesen ist, zeigen die Beschlüsse des Russiger Parteitages der deutschen Partei. Damit wurde bezeugt, daß der Smichover Kongreß tatsächlich jene denkwürdige Begebenheit in unserer Arbeiterbewegung gewesen ist, wofür wir ihn damals bezeichnet haben und daß er von weittragenden Folgen für die Tagespolitik der Arbeiterklasse gerade in den entscheidenden Augenblicken begleitet gewesen ist.“

Dann bespricht Stivin die Gründe, die unsere Partei zu den Beschlüssen von Russig bewegen haben und sagt zum Schluß:

„Für die deutsche Sozialdemokratie gab es keine Entscheidung zwischen dem sogenannten Aktivismus und Negativismus — das mögen Parolen sein für bürgerliche Parteien. Die Sozialdemokratie ist überall und immer eine aktive Partei, welche nicht hinter Phantasien und Traumgebilden einherläuft, sondern sich auf den Boden der gegebenen Wirklichkeit stellt, die sie nach den Methoden des wissenschaftlichen Sozialismus abschätzt. Das gilt auch von der deutschen Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei trotz allem, was uns einfließt in manchen Fragen getrennt hat und was jetzt nicht mehr Gegenstand des Streites ist.“

Es liegt nichts daran, was zur Entscheidung des Russiger Parteitages die sogenannten staatsbildenden Parteien sagen werden. Auf ihre Liebe oder auf ihren Haß nimmt die deutsche Sozialdemokratie ebenso wenig Rücksicht, wie unsere Partei. Das tschechoslowakische arbeitende Volk nimmt die Beschlüsse der deutschen Genossen mit Freude, ja mit Begeisterung und Jubel entgegen. Es ist dies eine große Tat proletarischer Solidarität, welche dem gesamten arbeitenden Volk in unserem Staate zum Segen gereichen wird. Und es ist dies gleichzeitig ein großer Schritt im Hinblick auf die Konsolidierung der Arbeiterbewegung bei uns, der um so bedeutender ist, je zweifelhafter die Zersetzung in den kommunistischen Reihen ist. Im Hinblick auf die Vorgänge in der Innenpolitik in den letzten Tagen in unserem Staate können wir noch daran erinnern, daß durch die Russiger Beschlüsse die gemeinsame Politik des ganzen sozialistischen Blocks befestigt wurde, eine Politik, die sich gerade jetzt in der Verwirrung bei der Bildung der Regierung Udrzal so glänzend bewährt hat.

Mit guten Hoffnungen gehen wir nun den kommenden Jahren entgegen!

Wir können uns den Worten des Genossen Stivin nur anschließen und sagen: Wie auch immer die Regierungsbildung ausfallen möge, das gemeinsame Vorgehen der tschechischen und deutschen Sozialdemokraten in den letzten Wochen ist uns eine Bürgschaft für den Aufstieg der Arbeiterklasse in unserem Staate.

Aus der Bergarbeiterbewegung.

Der „Svaz“ für die Kündigung des Kollektivvertrags. — Die kommunistischen Bergarbeiter Kadnos gegen den Streik.

Am Sonntag fand eine Beratung des „Svaz“ (des Verbandes der Bergarbeiter) statt, an der sich die Vertreter der Bergarbeiter aus allen Revieren beteiligten. Nach einem Referat des Vorsitzenden, des Abgeordneten Genossen Brozik, und nach durchgeführter Debatte wurde dem Vorgehen der koalitierten Bergarbeiterverbände in der Lohnbewegung im nordwestböhmischen Kohlenrevier und der Kündigung des Lohnvertrages die Zustimmung erteilt. Die übrigen Reviere werden das Ergebnis der Lohnbewegung abwarten.

Eine schwere Niederlage hat das Politbüro auf der Konferenz der Bergarbeiter des Kadnoer Revieres erlitten. Die APC. bemüht sich bekanntlich, die Bergarbeiter aller Reviere in einen sofortigen Streik zu hegen, war aber nicht einmal imstande, auf der Konferenz der kommunistischen Bergarbeiter in Kadno diesen Beschluß durchzusetzen. Auf der Konferenz, die von 73 Delegierten besucht war, sprachen die kommunistischen Abgeordneten Dr. Dolanský und Stetka. Die Delegierten sprachen sich jedoch mit großer Mehrheit gegen einen sofortigen Streik aus. Die Stimmung der Bergarbeiter, die auf der Konferenz herrscht, wird am besten durch die Worte des Abgeordneten Stetka charakterisiert, welcher die Konferenz also schloß: „Ich würde wünschen, wenn am 8. Dezember die Delegierten in größerer Zahl und in besserer Kampfstimmung erscheinen würden, als heute.“

Freitag Ständiger Ausschuß. Im Abgeordnetenhaus findet Freitag, den 6. Dezember, um 15 Uhr eine Sitzung des Ständigen Ausschusses gemäß § 24 der Verfassungsurkunde statt.

Die Opiumhöhle.

SPD. Plötzlich tönte eine leise, wispernde Stimme hinter ihnen, Mabel lief es eiskalt über den Rücken, als sie die Stimme hörte. Sie drehte sich um. Vor ihnen stand ein kleiner, bagerer Chinese in einem schmutzigen seidenen Anzug. Herrschaften, sehen wollen? Interessant... Opiumhöhle! Feng wird alles zeigen. Kostet nur zwei Dollar. Herrschaften mitkommen... zwei Dollar.“ Mabel sah Fred an. Fred schüttelte den Kopf und sagte auf französisch: „Auf keinen Fall, Mabel! Du weißt, wie gefährlich gerade diese Opiumhöhlen sind! Es ist schon schlimm genug, daß ich dich überhaupt in das Chinesenviertel geführt habe. Mit diesem schrecklichen Sensationsbedarf! wir können in jeder dunklen Ecke der Straße überfallen werden.“ Plötzlich erweiterten sich seine Augen: „Zum Teufel! Du hast ja deinen Brillantring am Finger. Habe ich dir nicht ausdrücklich gesagt, du sollst keinen Schmuck mitnehmen!“ Mabel würdigte ihn keiner Antwort und wandte sich an den Chinesen: „Gehen wir!“ Der Chinese verbeugte sich tief vor der Dame und streckte die Hand aus: „Bitte... zwei Dollar!“ Mabel öffnete ihr Täschchen und reichte ihm eine Zehndollarnote. Der Chinese deutete durch dauernde Gesten an, daß er nicht in der Lage sei, herauszugeben. Mabel winkte jedoch kurz ab. „Nun gut, du sollst deinen Willen haben“, hirschte Fred. „Ich werde dich begleiten, da ich dich nicht allein der Gefahr dieses Viertels aussetzen möchte.“ Der Chinese führte die beiden Fremden in eine dunkle Seitenstraße, in der nur wenige Lichter brannten. Die Türen und Läden der Fenster waren geschlossen. „Gib mir den Revolver“, flüsterte Mabel Fred zu. Fred brühte ihr heimlich die Waffe in die Hand. Plötzlich hielt der Chinese vor einem schmutzigen Haus und klopfte dreimal an. Man hörte innen schlurfende Schritte sich nähern.

Ein Mann mit einer Blendlaterne beleuchtete die Ankömmlinge. Er fragte etwas in einer singenden Sprache, und freng antwortete ebenso. Darauf wurden sie über einen von Urat starrenden Hof in einen dunklen Gang geführt. „Gib mir deinen Ring, Mabel“, flüsterte Fred, „er könnte die schlängeligen Salunken reizen.“ Mabel löste zögernd den Ring von ihrem Finger und reichte ihn durch das Dunkel Fred. Es war aber nicht Freds Hand, sondern die knochenharte Hand Fengs, die rasch zugriff, ehe Mabel einen Schrei ausstoßen konnte. Da öffnete sich die Tür. Der Wirt J Nan erschien, legte den Finger auf den Mund und schritt mit der Laterne voraus. Sie gingen durch mehrere schmutzige Räume. Endlich gelangten sie in ein Gemach, an dessen Decke eine verhängte blaue Kumpel brannte. Der Wirt J Nan löschte seine Laterne aus. Erst jetzt gelang es Mabel, zu flüstern: „Er hat mir meinen Ring geraubt.“ Fred stieß einen leisen Fluch aus. Mabel sah sich um. Wahrhaftig, sie waren in eine Opiumhöhle geraten. Rings um dem Fußboden lagen seltsame Gestalten, die aus hölzernen Pfeifen rauchten. Ein betäubender Opiumgeruch erfüllte den Raum. J Nan wies auf ein paar Matten, holte aus einem Wandschrank zwei lange Pfeifen und reichte je eine davon Fred und Mabel. Dann nahm er aus einer Blechdose zwei winzige gelbe Äugeln und legte sie auf das Loch jeder Pfeife. Mabel, die den Verlust ihres Ringes vergessen hatte, und sich der „Sensation“ des Augenblicks völlig hingab, ließ sich ohne weiteres auf eine der hebrigen Matten nieder. „Nicht rauchen“, warnte Fred, der zögernd neben ihr Platz genommen hatte. „Wir müssen nur so tun. Wir sind in ihrer Gewalt; sie wollen uns berauben.“ J Nan kam lächelnd heran und jündete zuerst Mabels, dann Freds Pfeife an, während Mabel die Pfeife zum Munde führte, genug sie von neuem das Seltsame ihrer Lage. Sie besaß sich in irgend einem Winkel der Chinesenstadt; niemand wußte, wo. Ihr Vater glaubte

sie bei Richardsons. Es bestand wirklich Gefahr. Ihren Ring hatte sie schon eingebüßt. So viel aber war das Abenteuer wohl wert. Langsam begann sie zu rauchen. Mit einem Male war ihr, als ob die Bretter des Fußbodens versank. Sie rutschte langsam in eine Vertiefung hinein. Sie sah nach Fred; der schien es schon bemerkt zu haben. Er sprang plötzlich auf und schrie: „Mabel!“ Ein paar am Boden liegende Gestalten bewegten sich unruhig in ihrem Traum. J Nan, der Wirt und Feng, der Führer, waren verschwunden. Fred lief auf Mabel zu. Diese streckte in höchster Angst die Arme nach ihm aus, doch im gleichen Augenblick verschwand sie vor seinen Augen. Sie fühlte, wie sie auf eine glatte Ebene fiel und auf dieser nach unten sank. „Fred! Fred! Zu Hilfe!“ Es kam keine Antwort. Plötzlich hörte die Fahrt auf. Mabel war in einen Berg von hohen Klaffen gesunken. Sie besaß sich in völliger Dunkelheit. Ohne Zweifel, sie war gefangen. Da fiel ihr der Revolver ein. Sie griff in ihre Tasche, um ihn für alle Fälle zur Hand zu haben. Die Waffe war verschwunden, doch ohne Erfolg. Da wurde das Dunkel plötzlich von einem grellen Lichtschein zerrissen. In der Tür stand J Nan und beleuchtete sie. Sie hörte sein Klackern und sah, daß er in der einen Hand ihren Revolver trug und ihn auf sie gerichtet hielt. „Was wollen Sie?“ schrie Mabel, bebend vor Furcht. Der Chinese lachte nur. „Was ich will? Können Sie das nicht erraten? — schöne Frau?“ Er schob mit dem Fuß ein paar Klaffen auseinander und näherte sich Mabel, die vor Todesangst zitterte. Mit einemmal trachten irgendwo Schiffe. Geschrei ertönte; auf einer Treppe postierten Schritte. J Nan hatte sich erschrocken umgedreht und ging dem Ausgang zu. Gleich darauf stand Fred in der Tür. Er stürzte auf J Nan zu und warf ihn nieder. Ein wütender Ringkampf begann. Mabel zitterte für Fred und erst in dieser

Minute wurde ihr klar, wie sehr sie ihn liebte. Der Chinese stieß während des Kampfes gurrende und zischende Laute aus; bald lag er unten, bald Fred. Die Blendlaterne war zwischen die Klaffen gefallen. Ihr grelles Licht bestrahlte die Decke, an der staubige Stimmengewebe hingen. Plötzlich stieß der Chinese nur noch ein paar zischende Seufzer aus. Er war beseigt. „Mabel, komm!“ rief Fred; er griff nach ihrer Hand und zerrte sie aus dem Raum. Sie rannnen wie besessenen aus dem unheimlichen Bereich des Chinesenhauses, durchquerten die dunkle, einsame Gasse, dann die Bazarstraße und gelangten schließlich wieder in ihre Welt. Autos fuhren vorüber, ein Polizist stand auf dem Fahrdamm. Mabel wäre am liebsten auf ihn zugelaufen und hätte ihm, der Ruhe, Sicherheit und Ordnung bedeutet, vor aller Öffentlichkeit einen Kuß gegeben. Dieser Kuß bekam aber Fred, Mabel flüsterte mit Tränen in den Augen: „Fred, du bist wirklich ein Held. Ich habe dich nie so geliebt wie jetzt.“ — „Hast du genug Abenteuer erlebt?“ fragte Fred. Sie schauderte nur. „Na, dann ist's gut“, lachte Fred, griff in die Tasche, zog ein Tuch heraus und reichte es Mabel. Ihr Brillantring lag darin. Sie starrte verblüfft zuerst Fred, dann den Ring an... Am nächsten Morgen telephonierte Fred. „Hallo, ist J Nan dort?“ „Nein, am Apparat ist Feng. Mr. Fred Bloß?“ „Ja... Wollte Ihnen nur meine Anerkennung für Ihr famoseres Theaterspiel aussprechen. Hätte nie gedacht, daß der Bluff so großartig klappt.“ „Oh, Mr. Bloß, das sind wir gewohnt. Machen wir fast alle Tage. Es gibt ja so viele Damen, die Abenteuer brauchen.“ „Wollen Sie den Rest Ihres Honorars persönlich abholen?“ „Nein, danke, ist nicht nötig. Ueberweisen Sie den Betrag auf Postcheckkonto 376.449!“ — Kurt M i e t h e.

350 neue deutsche Schulklassen.

Schule und Landesvertretung.

Von Franz Illner, Mitglied der Landesvertretung.

In wenigen Selbstverwaltungskörpern wurde auf kulturellen Gebieten und da wieder ganz besonders auf dem Gebiete der Schule in verhältnismäßig kurzer Zeit so viel geschaffen wie gerade in der jetzigen Landesvertretung von Böhmen. Die jahrelange Ruhe auf diesem Gebiete muß als Rückschritt gewertet werden. Klagen auf Klagen erfolgten in allen Teilen des Staates und ganz besonders auf Seite der Deutschen. Das deutsche Schulwesen gelangte auf einen Tiefstand, den sich das gesamte deutsche Volk nie hätte träumen lassen. Die Parteien der Nachkriegsschulgesetzgebung bekamen ganz besonders das deutsche Schulwesen zu spüren. Aus den hochorganisierten Schulen wurden niederorganisiert — der innere Zusammenhang wurde zerrissen. Auf tschechischer Seite richtete man die ganze Aufmerksamkeit auf die Schaffung von Minderheitsschulen und glaubte so einen Fortschritt auf dem Gebiete des Schulwesens zu erzielen. Man hat wohl auf diese Weise viele tschechische Kinder im deutschen Teile des Staates erzogen, aber ich bezweifle, daß sich der innere Betrieb des tschechischen Volksschulwesens gehoben hat. Ich vermute sogar, man hat hierdurch das Gegenteil hervorgebracht, weil man dem allgemeinen Schulwesen — dem tschechischen wie dem deutschen — die nötige Fürsorge entzogen hat. Es trat ein Stillstand in der Entwicklung ein und nirgends ist Stillstand gefährlicher als gerade auf dem Gebiete des Schulwesens. Das wirtschaftliche Leben schreitet mit Riesenschritten vorwärts — und unser Schulbetrieb hat eher eine rückwärtliche Tendenz zu verzeichnen. Man glaubt, durch Zentralisation Kultur fördern zu können. Ich behaupte, daß diese Form der Verwaltung nirgends so bedenklich, ja gefährlich ist, als gerade auf schulpolitischem Gebiete. Nur die Anwendung der Demokratie bis zum äußersten verbürgt hier Erfolge. Dem Volke gehört die Schule, den Eltern die Kinder.

Der Zentralismus, der nur die Bürokratisierung und Mechanisierung des Schulwesens zur Folge hat, kann nur zum Nachteil der Volkserziehung sein. Die größtmögliche Selbstverwaltung und freie Entwicklungsmöglichkeit auf dem Gebiete der Pädagogik würde uns wieder vorwärts bringen, sowohl auf deutscher wie auf tschechischer Seite. Wir haben ja die nachteiligen Wirkungen am besten durch das Gemeindefinanzgesetz erfahren; das nichts anderes ist als eine furchtbare Einschränkung der Autonomie der Selbstverwaltungskörper und mithin auch der Schule.

Daß im Schulbetriebe während des jetzigen Bestandes unseres Staates kein Fortschritt erzielt wurde, das bestätigen viele Besprechungen tschechischer Fachleute. Der Ruf nach Besserung wird immer öfter gehört, zumal man einseht, daß das kleine Oesterreich, und da wieder vor allem Wien, so glänzende Erfolge erzielt hat. Dort hat man sofort erkannt, daß nur eine gute Schule das Volk nicht nur kulturell, sondern auch wirtschaftlich heben kann. Die Wiener sind heute so weit, daß sie ihre Früchte bereits ernten können. Allerdings beklagen sie auch erprobte Schulmänner, wie Glöckel, Seitz usw. Die verhältnismäßig kleinen Verwaltungskörper gaben dort der Schule, was sie brauchte. Hier darf nicht gezeigt werden, darf nicht engherzig gewirtschaftet werden. Anders bei uns!

Unser Landesvertreterklub hat deshalb sofort nach Zusammentreten der Landesvertretung den Antrag auf Herabsetzung der Höchstzulassung in den Volksschulen eingebracht — in der richtigen Erkenntnis, daß ein gedeihlicher Unterricht nicht in einer überfüllten Klasse möglich ist. Diesen Antrag unterstützten in erfreulicher Weise auch sofort unsere tschechischen Genossen und die tschechischen Nationalsozialisten. Der Erfolg war hierdurch gesichert. Ich brauche wohl hier nicht erst auszuführen, welche Riesenvorteile dies für unser deutsches Schulwesen bedeutet.

Nun haben wir wieder die Möglichkeit, aus niederorganisierten Schulen höher organisierte zu schaffen. Eine niedrigere Schülerzahl hebt auch den inneren Wert, hebt die allgemeine Volksbildung und ist ganz besonders für unsere Arbeiterschaft von unschätzbare Bedeutung.

Wir können auch am besten die Größe unseres Erfolges daran erkennen, daß während der verflochtenen Wahlzeit unsere deutschen Christlichsozialen sich diese Errungenschaft zu eigen machten und bei der Wählerliste treiben gingen — wie bekannt, erfolglos. Wir kennen deren Einstellung in Schulfragen zur Genüge. Ich kann mir daher ein näheres Eingehen hierauf ersparen. Gestärkt wurden unsere Schwarzgelehrten, daß die deutsche Bürgerzeitung Kampfschaft bemüht war, uns als Urheber dieses Schulgesetzes zu übergeben, dagegen — etwas unerschrocken — den deutschen Christlichsozialen Vertreter im Landesauschuss Dr. Ritter in den Vordergrund zu schieben. Dessenungeachtet kann man in demselben Schulblatte lesen: „Unter der bürgerlichen Koalitionsregierung war ein vollständiger Stillstand in der kulturellen und schulpolitischen Gesetzgebung eingetreten.“

Wir sind erst am Anfang der Verwaltungsperiode und werden uns mit diesem Erfolge noch lange nicht zufrieden stellen. Wir werden systematisch weiter arbeiten und glauben treue Bun-

desgenossen an unseren tschechischen Genossen zu finden. Vor allem müssen wir in der nächsten Zeit trachten, das Bürgerschulwesen zu heben; denn dies ist die eigentliche Hochschule für unsere arbeitende Klasse. Die Tschechen haben schon viel früher erkannt, welcher großen Wert die Bürgerschule für ihr Volk bedeutet. Und wenn wir Deutschen verhältnismäßig wenig Bürgerschulen besitzen, so liegt dies nicht selten an der entsprechenden Einsicht vieler deutscher Krispaßhas. Auch diese Macht wird einmal gebrochen werden und die Arbeiterschaft und die Kleinbauern werden zu ihrem kulturellen Rechte kommen.

Auch in sozialer Hinsicht hat unser Antrag so manche Wunde geheilt. Bis heute sind rund 350 neue deutsche Klassen seit Beginn des Schuljahres errichtet worden. Davon ist der größere Teil auf unsere Initiative hin bewilligt worden. Das bedeutet, daß ebenso viele deutsche Lehrer angestellt wurden, die durch drei und mehr

Jahre arbeitslos waren, mitunter in den elendsten wirtschaftlichen Verhältnissen leben mußten und im besten Falle ihren Eltern zur Last fielen, so ihre Geschwister dabei verfürzend. Die Schulbehörden waren gezwungen, allerhand Kunststücken zu unternehmen, um eine halbwegs gerechte, reihenweise Verwendung dieser Lehreranwärter durchzuführen. Heute sind wir bereits soweit, daß durch ihre Einstellung in den Schulbetrieb soviel Absolventen verwendet werden, daß schon auf die vorjährigen Abiturienten gegriffen werden muß. Die Freude der Beteiligten hierüber ist begreiflicherweise groß.

Das eine aber ist sicher: wäre die Verwaltungsreform auf rein demokratischer Grundlage ausgefallen, so hätten im Lande Böhmen die Sozialisten die Mehrheit und wir könnten mit Bestimmtheit rechnen, daß die Schulförderung mit größeren Schritten vorwärtsginge. Dies bleibt bestimmt nicht ohne Einfluß auf die übrigen Länder des Staates.

Die Würdelosigkeit des deutschen Nationalismus.

Stahlhelmer besuchen und lobpreisen Mussolini und das faschistische Italien!

Die Internationalität des Nationalismus — nur scheinbar ein Widerspruch — kommt am deutlichsten in der Verbrüderung der Faschisten aller Länder zum Ausdruck und offenbart sich jüngst in völlig unverhüllter Weise beim Besuche deutscher Stahlhelmer in Italien in Rom und beim Duce. Die deutschgeschriebene faschistische „Alpenzeitung“ in Bozen darf darüber unter anderem berichten:

Die „Stahlhelm“-Leute, die am Samstag, den 23. November, über Roma geflogen sind, haben Sonntag eine Parade der Avantgardisten und Ballka im Parke von Villa Umberto beigewohnt. Sie wurden hierauf in der Kajete Mussolini empfangen und sodann zum Parteisekretär Turati geführt. Die „Stahlhelm“-Leute haben ihrer Bewunderung für die stramme Jugenddisziplin Ausdruck verliehen. ... Wir hatten Gelegenheit, mit Herrn Heintze, dem Gruppenführer, und seinen Gefährten zu sprechen und aus ihrem Munde das Lob und die Bewunderung über die Eindrücke, die sie in Roma empfangen haben, zu hören.

Herr Heintze sagte unter anderem: „Wir sind nach Italien gekommen, um die Struktur und die Details der faschistischen Organisationen auf den verschiedenen Tätigkeitsgebieten der Partei kennen zu lernen. Viele Dinge waren uns schon aus der Lektüre und vom Hörensagen bekannt. Die Wirklichkeit hat aber das Bild übertroffen, das wir uns von dieser Organisation gemacht hatten. Wir beabsichtigen die Möglichkeiten einer Durchführung derselben auch bei uns zu studieren, da die Ziele, die wir uns gesetzt haben, mit denen, die ihr schon erreicht habt, oder zu erreichen im Begriffe seid, große Ähnlichkeit haben. Wir haben die Organisation auf dem Gebiete der Miliz, der Popolavoro und der Opera Ballilla schon gleich nach den ersten Berührungen in Firenze und Venezia bewundert. Nach unserem gegenwärtigen Besuch hat sich diese

Bewunderung gerade in Enthusiasmus verwandelt. ... Auf Grund der Nachrichten, die wir von euch hatten, dachten wir schon sehr gut vom neuen Leben, das der Faschismus in Italien gebracht hat. Unser Besuch aber — und wir konstatieren das mit großer Freude — ließ uns feststellen, daß die Wirklichkeit unsere Erwartungen bei weitem übertroffen hat. Wenn wir nach Deutschland zurückgekehrt sein werden, werden wir allen diese unsere Eindrücke mitteilen und wir wünschen, daß eines Tages die italienischen Besucher Deutschlands das gleiche von unserem Werke in Deutschland sagen können.

Die Stahlhelmer, sechzehn an der Zahl, wurden von Mussolini empfangen. Neben ihm stand der Abgeordnete Starace, der Vorkämpfer der faschistischen Politik in Südtirol! So also sieht das Nationalbewußtsein dieser Rechtsbagage aus! Wir meinen, daß das Urteil aller anständigen Menschen, nicht nur der sozialistischen Arbeiterschaft, über diese Gesellschaft gleich vernichtend ausfallen und die Kennzeichnung des Volksterrats in sich schließen muß, mit welcher Bezeichnung „Der Südtiroler“, ein in Innsbruck erscheinendes Kampfblatt diese Stahlhelm-Fahrt belegt. Man bedenke, daß jener Starace zu den schärfsten Gegnern gegen das Deutschland gehört, der am 24. April 1921 Anführer der Mörder des Lehrers Franz Innerhofers war, der in Rom auf die deutschen Abgeordneten gepunkt hat und in den ersten Oktobertagen 1922 die Expedition zum Sturze des letzten deutschen Bürgermeisters von Bozen, Dr. Julius Perathoner, leitete! Und diesem Herrn machten die „Reiter Deutschlands“ ihre bewundernde Aufwartung!

Es sollte uns nicht wundern, wenn unter den sechzehn Mann sich auch ein Mitarbeiter des „Tag“ befunden haben sollte!

Schweizer Parteitag.

Basel, 1. Dezember. (Eig. Drahtbericht). Der Parteitag der Schweizer Sozialdemokratie in Basel beschloß am Samstag mit 324 gegen 137 Stimmen die Beteiligung an der Bundesratswahl. Der Parteivorstand hatte sich am Tage zuvor mit 24 gegen 16 Stimmen für die Beteiligung ausgesprochen. In der vom Parteivorstand vorgelegten und von dem Parteitag angenommenen Entschliessung wird von den beiden freien Plätzen im Bundesrat Anspruch auf den Züricher Platz erhoben. Als Kandidat wird der sozialdemokratische Züricher Stadtpräsident Dr. Kästli, der seit 23 Jahren Vertrauensposten in der sozialistischen Bewegung bekleidet, der Bundesversammlung, die am 12. Dezember die Ersatzwahlen vornehmen wird, vorgeschlagen werden.

Der Abstimmung ging eine sehr lebhaft debattierte Vorrede voraus, die sich zu einer grundsätzlichen Auseinandersetzung gestaltete zwischen der von den Gewerkschaftsführern geprägten Richtung langsamer Durchdringung des Staatsapparates bei allen sich bietenden Gelegenheiten und der seit Kriegsmitteln herrschenden Richtung Grimm-Nicole, die den Staatsapparat nur auf revolutionärem Wege besetzen will. Das deutsche Koalitionsbeispiel wurde von beiden Seiten für und wider herangezogen, wobei die Vertreter der Mehrheit die seit Jahren zu verzeichnenden Angriffe der Minderheit gegen führende deutsche Sozialdemokraten äußerst scharf verurteilten. Insofern bedeutet die Entschliessung des Baseler Parteitages eine grundsätzliche Anerkennung des Kurzes der deutschen Sozialdemokratie durch die große Mehrheit der Schweizer Sozialdemokratie.

Oesterreich: Es wird weiter verhandelt.

Wien, 3. Dezember. (Tsch. P.-B.) In der Verfassungsfrage fanden heute den ganzen Tag über im Nationalrate Verhandlungen teils zwischen den Parteien, teils im Unterausschusse statt. Nach dem heute abends veröffentlichten Kommuniqué wurde in einigen Fragen, darunter in der Frage des Notverordnungsrechtes des Bundespräsidenten ein Einvernehmen erzielt. In parlamentarischen Kreisen wurde abends die Lage, die noch in den ersten Nachmittagsstunden etwas verwickelt schien, als besser betrachtet. Die Verhandlungen werden morgen fortgesetzt.

Die Ankunft der Deutschrussen.

Hammerstein (Westpreußen), 3. Dezember. Gestern abends traf ein Transport von 240 Deutschstämmigen Russen, der aus Swinemünde kam, im Hammersteiner Lager ein. Heute früh folgte ein zweiter Transport in der Stärke von etwa 400 Personen, der von Eydtsuhnen kam. Die Auswanderer machten durchwegs einen vorzüglichen Eindruck und haben die weite Reise gut überstanden. Sie sprechen gut deutsch, und zwar einen schwäbischen Dialekt. Sie können sich auch auf russisch verständigen, doch sprechen sie weit besser deutsch. Ihr Lagerdirektor, Major a. D. Fuchs, begrüßte die Ankömmlinge im Namen der deutschen Regierung und der deutschen Bevölkerung.

Gemeindefubvention für Fremdenverkehrsplege.

Der Elbtal-Verkehrsverband mit dem Sitz in Aussig teilt in einer Presfentoz mit, daß er nach wiederholter Vorsprache bei den maßgebenden Stellen in Prag, durch das Handelsministerium die bestimmte Zusage erhielt, daß in Zukunft alle der Fremdenverkehrsplege dienenden Ausgabenposten in den Vorschlägen der Gemeinden und Bezirke als produktive Posten unbeanstandet bleiben werden. In der aller nächsten Zeit soll ein diesbezüglicher Ministerialerlaß an die Aufsichtsbörden erscheinen, in dem den Gemeinden und Bezirken nahegelegt werden wird, bestimmte Beträge nach der Kopfquote der Einwohnerzahl für Fremdenverkehrsplege auszumachen. Der Elbtal-Verkehrsverband beantragt ferner, daß die Mitglieds-gemeinden und -bezirke 20 Heller für den Kopf der Bevölkerung als Jahresbeitrag. Diese Beträge werden für Fremdenverkehrsplege der Gebietsverband und für örtliche Unternehmungen der Fremdenverkehrsplege zur Verfügung gestellt.

Wenn diese Mitteilung richtig ist, dann muß es wohl ganz eigentümlich anmuten, daß die einzelnen Ministerien derartige Zusagen machen, da sich doch die Aufsichtsbörden kaum danach richten können. Bleiben derartige Ausgaben in den Vorschlägen jener Gemeinden und Bezirke, die Ansprüche an den Ausgleichsfond stellen müssen, unbeantwortet, dann muß entweder der Ausgleichsfond für ihre Bedeckung sorgen, oder aber — was mit Rücksicht auf die Verhältnisse wahrscheinlicher ist — die Aufsichtsbörde muß bei anderen Kapiteln umso größere Kürzungen der vorgesehenen Beträge vornehmen. Die sozialdemokratischen Bezirks- und Gemeindevorsteher werden es aber nicht einsehen, daß die Ausgaben für soziale Fürsorge, kulturelle und Bildungszwecke gedrosselt werden, um dafür die Organisation für Fremdenverkehrsplege wunschgemäß subventionieren zu können.

Böhmische Landesvertretung 11. Dezember. Die Landesvertretung Böhmens ist für Mittwoch, den 11. Dezember, 9 Uhr vormittags, einberufen worden.

Rußland und China.

Die chinesischen Vorschläge.

Shanghai, 3. Dezember. (Tsch. P.-B.) Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Marschall Tschangjuhsiang die chinesischen Vertreter bei der Konferenz von Chabarowitsch beantragt, folgende Vorschläge zu unterbreiten: 1. Obwohl die chinesische Regierung mit der Wiederherstellung des status quo auf der ostchinesischen Bahn einverstanden ist, hält sie es für notwendig, von der Sowjetregierung die Garantie zu erhalten, daß die Eisenbahn nicht zu Zwecken der kommunistischen Propaganda benutzt werde; 2. da der entlassene russische Direktor und der ebenfalls entlassene russische Unterdirektor eine solche Propaganda leiteten, lehnt China ihre Wiederanstellung ab; 3. China ist bereit, die Beamten, die den Konflikt herbeigeführt haben, zu entlassen; 4. die beiderseitigen Gefangenen sollen befreit werden; 5. die Truppen beider Parteien sollen bis zu einer bestimmten Entfernung von der Grenze zurückgezogen werden.

England für den Frieden.

London, 3. Dezember. (Reuter.) Das Außenamt veröffentlicht jetzt den Inhalt des Memorandums, mit dem die britische Regierung die chinesische und die russische Regierung auf die Bestimmungen des Kelloggischen Antikriegspaktes aufmerksam macht. Das Memorandum der britischen Regierung gibt der Hoffnung Ausdruck, daß sich China und Rußland offer feindseligen Maßnahmen enthalten oder davon ablassen und sich bereits in nächster Zukunft über die Methoden einigen werden, wie die bisher zwischen ihnen bestehenden strittigen Angelegenheiten einer friedlichen Lösung zugeführt werden können. Am Schlusse des Memorandums der britischen Regierung heißt es, die Achtung der Welt vor Rußland und China werde nunmehr von der Art und Weise abhängen, in der beide Staaten ihren heiligen Verpflichtungen aus dem Antikriegspakte nachkommen werden.

Die Ostreparationen.

Die tschechoslowakische Befreiungslage soll in 37 Jahreszahlungen zu 89 Millionen Kronen bestehen.

Der auf der Haager Konferenz eingesetzte Expertenanschuß, welcher sich mit der Frage der sogenannten Ostreparationen zu befassen hat, hat seine Arbeiten abgeschlossen. In dem betreffenden Elaborat wird hinsichtlich der Tschechoslowakei gesagt:

Für die übernommenen Staatsgüter hat die Tschechoslowakei keine Abföhung zu zahlen. Bezahlt muß nur der sogenannte Befreiungsbeitrag werden, der auf 37 Annuitäten zu elf Millionen Mark festgesetzt wird. Jeweils leistbarer Deckung dieser Zahlungen hat die Tschechoslowakei gefordert, daß ihr ein Anteil an den Ostreparationen zuerkannt werde. Rumänien erklärte sofort seine Bereitwilligkeit, diesen Anteil anzuerkennen. Wahrscheinlich wird sich, wie der „Petit Parisien“ meldet, Südslawien ebenso verhalten. Sein Delegierter hatte diesbezüglich keine Instruktionen.

Das Tschechoslowakische Präskbüro bemerkt hiezu, daß die Frage der Kriegsschuld an Frankreich und Italien damit noch nicht definitiv erledigt ist und daß ebenso die Verhandlungen über die Liquidierung der Klagen deutscher Staatsangehöriger gegen die tschechoslowakische Bodenreform fortgesetzt werden. Diese Fragen werden wahrscheinlich erst nach der Haager Konferenz eine endgültige Lösung erfahren. Was die Klagen ungarischer Staatsangehöriger gegen die tschechoslowakische Bodenreform betrifft, haben die verbündeten Staaten für den Fall, daß es nicht gelingen sollte, diese Frage einvernehmlich zu lösen versprochen, vom Jahre 1943 an ihren Anteil an den Ostreparationen zur Vergütung der Entschädigung zur Verfügung zu stellen, die ungarischen Staatsangehörigen aus dem Titel der Bodenreform der Staaten der Kleinen Entente zugesprochen würden.

Präsident Genoffe Graber.

Bern, 3. Dezember. Zum Präsidenten des schweizerischen Nationalrates ist der bisherige Vizepräsident Graber (Sozialist) gewählt worden.

Tagesneuigkeiten.

Die Mutter und sechs Geschwister ermordet!

Warschau, 3. Dezember. In der Ortschaft Pieruszyce bei Polen hat der Landwirt Konecny seine ganze Familie u. zw. die 48-jährige Mutter und sechs Geschwister im Alter von 7 bis 20 Jahren, durch Veiheer ermordet. Konecny beging den Massenmord aus Rache, weil seine Mutter nicht in die von ihm geplante Eheschließung einwilligen wollte. Alle Opfer wurden im tiefsten Schlafe ermordet. Der Mörder wurde verhaftet.

Arbeitereltern, helft euren Kindern!

Weit schwerer noch als auf den erwachsenen Proletariern lastet auf den proletarischen Kindern der Druck und das Unrecht der kapitalistischen Wirtschaft. Hunger und Krankheit, Not und Elend sind ihre bitteren Begleiter.

Wollt ihr, Arbeitereltern, daß das ewig so bleibe? Wollt ihr, daß unsere Kinder nach wie vor den körperlichen und seelischen Gefahren der Straße verfallen? Wollt ihr, daß die Arbeiterjugend fernab von der Kampfgemeinschaft der Arbeiterklasse zu Segnern unserer Ideale erzogen werde?

Im Gegenteil! Wir fordern auch für unsere Kinder Licht und Wärme, Sonne und Gesundheit. Wir fordern, daß unsere Töchter und Mädel in froher und treuer Gemeinschaft zu tüchtigen Menschen heranwachsen. Wir wollen, daß unsere Arbeiterjugend die Welt des Kapitalismus erkennt, wie sie wirklich ist, daß unsere Kinder aus dieser Erkenntnis heraus Klassenbewußte, treue Streiter werden für den Sozialismus.

Ihr meint, das seien unerfüllbare Wünsche? Genossen und Genossinnen, dann hört einmal, was der Arbeiterverein Kinderfreunde heute schon für unsere Jugend leistet. Wo Kinderfreundegruppen bestehen, da gibt es fröhliche Spiel- und Bastelstunden, die unsere Kinder von der Straße abziehen. Da werden Kinderbüchereien geführt, in denen unsere Töchter und Mädel schöne und gute Bücher entleihen können. Da gibt es Ferienkolonien und Ferienreisen, die alljährlich Hunderten von Arbeiterkindern auch einmal wirkliche Ferienfreuden bescheren. Da wandern unsere prächtigen roten Kisten im Sommer und Winter hinaus in die freie Natur und gelunden an Leib und Seele. Da wird mit Lichtbild und Kasperltheater ein wirksamer Kampf gegen die Kinosucht geführt. Da finden Musik und Gesang, vor allem unsere schönen, alten Arbeiterlieder liebevolle Pflege.

Und in all der bunten Mannigfaltigkeit — im Falkenhorst und auf der Wanderschaft, bei lustigem Spiel und ernster Arbeit — überall lebt und wirkt der Geist des Sozialismus und formt aus den jungen Menschen die Träger der werdenden Gesellschaft.

Arbeitereltern! Helft euren Kindern! Werdet Mitglieder des Vereines Kinderfreunde! Fordert überall die Gründung von Kinderfreundegruppen! Es gilt das Wohl der Arbeiterjugend, es geht um die Zukunft der Arbeiterklasse!

Schwere Fröste in Amerika.

New York, 2. Dezember. Die Frostwelle hat sich fast über ganz Amerika bis nach Südfiorida ausgebreitet. Die Schifffahrt auf den großen Seen wurde eingestellt. In den Nordstaaten sind die Fröste von Orkanen begleitet, welche große Schäden verursachen. Es werden 26 Fälle von Erfröerung gemeldet.

Ein neues Streikmittel.

In origineller Art spielt sich jetzt ein Streik in Argentinien ab. Die Eisenbahner traten wegen gewisser Lohnforderungen in den Ausstand. Aber anstatt einfach ganz aufzuhören, stellten sie am Montag ihre Arbeit nur für fünfzehn Minuten ein und nahmen sie dann wieder auf; Dienstag wurde die Pause auf dreißig Minuten verlängert. Mittwoch auf 45 Minuten, dann auf eine Stunde, und jeden Tag wird der Arbeits einstellen eine Viertelstunde hinzugefügt, bis entweder die Eisenbahnen nachgeben oder der Dienst ganz zum Stillstand gebracht worden ist.

Der „Stoff“.

Ganz Italien, soweit es sich offen hören lassen darf, also das ganze faschistische Italien, wiederholte vor einigen Tagen von edelster Empörung. Dem Faschismus ist fürchbare Schmach angetan worden. In der sizilianischen Stadt Messina fand man eines Morgens die faschistischen Embleme, das heilige Rutenbündel, an sämtlichen öffentlichen Gebäuden beschmutzt vor. Und zwar beschmutzt mit einem Stoff, dessen Herkunft und Beschaffenheit und Geruch zweifellos organischer Natur war. Die faschistische Presse schraubte nach Rache. Die strengste Untersuchung wurde eingeleitet, doch umsonst. Die Täter konnten nicht ausgeforscht werden und in Süditalien, wo sich unter der Bevölkerung nur ausnahmsweise Faschisten finden, traute man sich nicht mit den Methoden der faschistischen Justiz.

Bestrafung willkürlich herausgegriffener Sünderböcke, vorzugehen.

Die fürchterliche Bestrafung der Täter war aber schon angekündigt, was also tun? Das schwierige Problem wurde auf eine geistreiche Art gelöst. Nach einigen Tagen Schweigens erschien eine offizielle Mitteilung, daß man den „Stoff“ chemisch untersucht und gefunden habe, daß er nicht das war, was man allgemein annahm — sondern nur Farbe. Unbeantwortet bliebt zwar die Frage, woher der Duft dieser Farbe kam. Aber nur Narren fragen im Festsitzenlande.

Für die Kinder der Randgebirge. Der letzte harte Winter wirkte sich in ganzer Grausamkeit vor allem in den Randgebirgen aus. Dürftig bekleidet und schlecht ernährt mußten die Schul Kinder dortselbst oft stundenlange Wege zur Schule zurücklegen. Der Frauenbeirat der Deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge empfand es als soziale Pflicht, alles zu tun, um für den kommenden Winter Vorkehrungen zu treffen und die drückendste Not zu lindern. Darum soll vor allem eine ausgiebige Bekleidungsaktion durchgeführt werden, die den Kindern der Randgebirge zugute kommt. Wahre Freunde der Jugend, alle sozialgerichteten, hilfswilligen Menschen werden herzlich gebeten, dieses Werk nach besten Kräften zu fördern, da es doch ein Stück Weihnachtsfreude — wenn nicht die ganze — für die Kinder der Randgebirge bedeutet. Geld- und Sachspenden (Kleider, Wäsche, Schuhe) nimmt entgegen (Merke: Randgebirgshilfe) die Deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Böhmen, Reichenberg, Waldzeile 14. Im Namen der armen deutschen Kinder dankt im voraus der Frauenbeirat der Deutschen Landeskommission.

Zum Lebenslauf am Heiligen Abend erhielt der Allgemeine Angestelltenverband, Reichenberg, vom Landesverband der kaufmännischen Gremien und Handelsgenossenschaften, Teplitz-Schönau, auf sein Einfordern die Bestätigung, daß der genannte Verband an die ihm angeschlossenen Gremien und Handelsgenossenschaften ein Rundschreiben erlassen hat, worin empfohlen wird, den vom Allgemeinen Angestelltenverband vorgebrachten Wünschen nach Durchführung des Fünfhundertladeschlusses am Heiligen Abend Rechnung zu tragen. Es ergibt deshalb an die laufende Bevölkerung das dringende Ersuchen, es sich so einzurichten, daß am 24. Dezember bis spätestens 5 Uhr nachmittags alle Einkäufe besorgt sind und der nicht nur von den Angestellten, sondern auch von der Kaufmannschaft erstrebte allgemeine Fünfhundertladeschlus am Weihnachtabend pünktlich eingehalten werden kann. Für Mähren und Schlesien hat der Allgemeine Angestelltenverband das gleiche Ersuchen an den Landesverband der kaufmännischen Gremien und Handelsgenossenschaften in Olmütz gerichtet.

Auch eine Auslandspropaganda. Der sinnlose Radikalismus, mit dem unsere Behörden die tschechische Polizei losgehen und ihnen so zu einer Bedeutung verhelfen, die ihnen nicht zukommt, findet auch im Auslande entsprechende Beurteilung. So lesen wir in der „Volkszeitung“ in Löhau i. S.:

Revolütät in der Nachbarrepublik. Vom kommunistischen Arg befallen scheint die tschechische Behörde zu sein. Sollte da am Freitag im Deutschen Haus in Filippisdorf eine Grenzversammlung der revolutionären Opposition der Textilarbeiter stattfinden, in der ein Delegierter zu irgendeinem kommunistischen Kongress in Berlin gewählt werden sollte. Von der organisierten Textilarbeiterchaft wurde diese Spalterversammlung selbstverständlich gemieden. Und das Bäckereibund „revolutionäre“ Textilarbeiter wurde durch tschechische Gendarmen, die man extra aus Prag in verstärkter Nähe herangezogen hatte, am Besuch der Versammlung gehindert. Nur wer einen Grenzpaß hatte, durfte die Grenze passieren. Das Versammlungslokal Deutsches Haus und ein anderes Gasthaus waren von der Gendarmerie abgeriegelt. Passanten, die auf Befragen erklärten, die Versammlung besuchen zu wollen, wurden am Betreten des Lokales gehindert. Wer nicht im Besitze eines Ausweises war, hatte gegen Quittung sofort eine Strafe zu entrichten. Immerhin ein Erfolg kommunistischer Versammlungstätigkeit. Vor dem Deutschen Haus standen die Einberufenen, unter ihnen der wohlbekannte Spiegel und Verfertiger der Sudetenschriften gegen sozialdemokratische Führer, Seidemann, und mußten zusehen, wie ihnen die Felle fortschwammen. Es ist nicht recht erklärlich, warum die tschechische Behörde wegen einer Handvoll Leute, die wohl gelegentlich den Mund gehörig vollnehmen, sonst aber ungefährlich sind, so viel Aufwand treibt. Die Republik wäre bestimmt nicht in die Brüche gegangen, wenn man die Gewerkschaftsaboteure und Schreiber hätte gewähren lassen. Für die Einberufenen der Versammlung ist es bezeichnend, daß sie über die Grenze gehen müssen, um ihren offensibaren Mißerfolg zu verbergen. Die Oberlausitzer Arbeiterchaft hat keinen Sinn für Spaltungsbestrebungen gewisser Leute. Das ist das erfreuliche Fazit der geplanten Versammlung.

Fügen wir hinzu: die Arbeiterchaft überall hat keinen Sinn mehr für die kommunistischen Spaltungsbestrebungen — das ist das Fazit des „Kommunismus“.

Der Gendarmenmörder von Krems. Unter dem dringenden Verdachte, den Gendarmerie-Postenkommandanten von Grafenegg bei Krems ermordet zu haben, wurde gestern in Wien ein gewisser Hubert Mika verhaftet. Er hat eine Verletzung am Halse und vielfache Kratzwunden im Gesicht. Die Erhebungen werden fortgesetzt.

Schon wieder ein Todesurteil. Vor dem Budweiser Geschworenengerichte hatte sich gestern der 25-jährige Johann Urbanek zu verantworten, der am 8. März d. J. in seiner Wohnung in Dornfelden bei Budweis während eines Streites und einer Rauferei seine Frau Marie erwürgte. Urbanek war des Verbrechens des Mordes angeklagt, weil der Verdacht entstand, daß er die Tat verübt, um seine Frau loszuwerden. Wegen verschiedener Umstände wurde die Verhandlung geheim geführt. Die auf Nord lautende Schuldfrage bejahen die Geschworenen mit 10 gegen 2 Stimmen, worauf Urbanek zum Tode durch den Strang verurteilt wurde.

Zugzusammenstoß bei Prag. Der lokale Personenzug Nr. 4106 auf der Strecke Duschnik — Smichow fuhr am 3. Dezember d. J., um 14.42 Uhr in Kilometer 1.7 auf den rückwärtigen Teil des auf dieser Strecke gefahrenen Güterzuges Nr. 1348 auf. Dieben Wagen des Güterzuges und zwei Wagen des Personenzuges entgleisten. Der letzte Wagen des Güterzuges wurde durch die Lokomotive des Personenzuges zertrümmert. Von den Reisenden des Personenzuges meldete sich bloß ein einziger mit einer geringen Abschürfung an der Wange. Sonst wurde weder von den Reisenden noch von dem Zugbegleitpersonal jemand verletzt. Der Materialschaden an den Fahrzeugen ist nicht bedeutend. Der Verkehr wurde bei dem ersten Gegenzug durch Umfahrungen an der Unfallstelle aufrechterhalten, der spätere Verkehr über Verann geleitet. Die Ursache des Unfalles wird untersucht.

Großfeuer in Furth im Walde. Im Gebäude der Pechfabrik Wild u. Co. in Furth im Walde, einem der größten Unternehmen dieser Art im böhmisch-bayerischen Grenzgebiete, brach aus noch ungeläuterter Ursache ein großes Feuer aus, das in kürzester Frist das ganze Objekt einäscherte. Nur ein Nebengebäude konnte gerettet werden. Der Schaden konnte noch nicht ermittelt werden, ist jedoch sehr groß.

Politischer Schreckschuß. Montag abend kam es bei einem jugoslawisch-französischen Vortragsabend in der Sorbonne zu einem Zwischenfall. Während der Rede des jugoslawischen Gesandten in Paris stürzte, wie der „Paris Parisien“ berichtet, ein Italiener die Versammlung durch Ausrufe und Abschießen eines Schreckschußrevolvers. Der betreffende Italiener, der keine Ausweispapiere bei sich führte, wurde verhaftet.

74 auf hoher See Vermißte. Aus St. Johns (Neufundland), wird gemeldet: Seit vorigem Freitag werden acht Schoner vermißt, die auf dem Meere von einem Sturm überrascht wurden. An Bord der Schiffe befanden sich 70 Männer und vier Frauen. Es wurden Schiffe zur Nachforschung nach den Vermißten entandt.

Stürme im Kanal. Von der französischen und der englischen Küste des Kanals La Manche troffen Nachrichten über heftige Stürme ein. Der Sturmwind, der eine Schnelligkeit von 100 Stundenkilometern hatte, machte Montag jedwede Schifffahrt unmöglich. Auch die großen Transoceanampfer mußten in dem Hafen Zuflucht nehmen. Ein großer Dampfer der Canadian-Transport-Gesellschaft, der nach Bristol unterwegs war, geriet in ernste Gefahr und wäre beinahe an die Klippen von St. Alban Head gescheitert worden. Die Chemie ist stark gestiegen.

Vor dem Abschluß der Versuchsrakete. Der erste Raketenversuch steht für die nächsten Tage im Offseebad Forst bevor. Sobald aus klarem Wetter zu rechnen ist, soll auf dem hierfür vorbereiteten Gelände an der Offseeküste eine zwei Meter lange Versuchsrakete abgeschossen werden. Diese Rakete, die steil in die Luft geschossen wird, dient lediglich theoretischen Berechnungen für die große Oberth-Rakete, die in einigen Wochen nach Amerika abgeschossen werden soll. Von dem Ergebnis der Versuchsrakete wird es abhängen, welche Änderungen an der Amerika-Rakete vorgenommen werden müssen. Ebenso wird davon der Zeitpunkt des Startes der Oberth'schen Amerika-Rakete abhängig gemacht.

Die Zahl der Radiohörer betrug in England Ende September 2.842.792, in Finnland Ende August 91.940, in Japan Ende Juni 600.892, in Jugoslawien Ende Oktober 20.650, in Holland Ende September 134.692, in Oesterreich Ende Oktober 366.358, in Polen Ende September 198.604, in der Schweiz Ende September 77.959. In der Tschechoslowakei waren Ende Oktober 240.883 Hörer angemeldet gegenüber 244.178 Ende September.

Polizei gegen Mensuren. Die Münchener Polizei hat Dienstag mit einem starken Aufgebot den Mensurboden der Regesbörigen des Rudolfsstädter S. C., den diese im Kreuzbräu an der Brummstraße hatten, ausgehoben. In gleicher Weise wurde gegen Angehörige des Raumburger S. C. und des „Münchener Waffentrag“, die im Krüberger-Keller ihre Mensuren aufzählten, vorgegangen. Die Namen der auf den Mensurböden Anwesenden wurden polizeilich festgenommen und das Festzug beschlagnahmt.

Trauriges Ende. In einer Gemeinde unweit Montpellier (Frankreich), stürzte in der Nacht auf Montag ein altes Häuschen ein. Seine Bewohner, ein 70-jähriges Ehepaar, fanden der Tod unter den Trümmern.

Nächtliche Studentenschlägereien. In der Nacht zum Sonntag kam es in Innsbruck um halb 2 Uhr früh in der Meranerstraße zu einer Rauferei zwischen zwei Studentenverbindungen. Zwei Studenten wurden durch Stockhiebe erheblich verletzt. Die Polizei hatte große Mühe, die Raufenden — etwa 40 bis 50 Studenten — zu trennen. Mehrere Studenten, meist Reichsdeutsche, wurden mit Mandatsstrafen belegt, gegen

Genossen! Genossinnen!
In jeder Betriebsversammlung, jeder Gewerkschaftsversammlung, jeder Genossenschaftsversammlung, jeder Wählerversammlung, jeder Frauenversammlung, jeder politischen Versammlung, jeder Versammlung oder Sitzung einer proletarischen Organisation soll Ihr für die sozialdemokratische Parteipresse intensivste Mitarbeit leisten

zwei Studenten wurde Anzeige wegen Körperverletzung erstattet.

Ein Soldat tödlich verunglückt. Der Kanonier Bayer vom Artillerieregiment Nr. 2 in Wies war mit dem Abführen von Brennholz aus dem Walde beschäftigt. Als er auf den Kluttschloß stieg, rutschte er aus und kam unter den Wagen zu liegen. Ein Wagnrad ging ihm über den Hals. Bayer war auf der Stelle tot.

Ein frecher Diebstahl. Am vergangenen Freitag erschien in der Wohnung eines Redakteurs des „Prager Tagblatt“ ein elegant gekleideter junger Mann, verschaffte sich durch raffinierte Vorspiegelungen beim Dienstmädchen Einlaß in die im übrigen leere Wohnung und plünderte eine inhaltschwere Schmuckkassette aus. Das Dienstmädchen erkannte später auf der Polizei im Verbrechensraum sofort den Dieb und man stellte fest, daß dieser erst vor kurzem nach Verbüßung einer längeren Haft aus der Strafanstalt Pankraz entlassen worden war. Der Gipfel der Frechheit erklimmte der Täter, indem er zwei Tage später dem bestohlenen Redakteur einen Brief schickte, in dem er ihn verhöhnte und einen zweiten Versuch bei ihm ankündigte. Angeblich wurde ein der Mithschuld verdächtiger Mann bereits gestern in Prag verhaftet. Die „Prager Abendzeitung“ erzählt davon, daß es sich um eine große wohlorganisierte Verbrechergruppe handelt, die der Polizei viel zu schaffen mache.

Selbstmord einer Hausgehilfin in Reichenberg. Gestern abends hörten Passanten in der Nähe des Gondelsteiges im Stadtpark in Reichenberg Hilferufe und stellten fest, daß sie von einem im Wasser mit dem Tode ringenden Mädchen herührten. Der Bademeister zog nach längerem Suchen den leblosen Körper eines 18- bis 20-jährigen Mädchens, das nur dürftig bekleidet war, aus dem Wasser. Alle Wiederbelebungsvoruche blieben erfolglos. Die Selbstmörderin ist ein tschechisches Dienstmädchen namens Anna Bolger.

Missetaten eines Fünfhundertjährigen. Die Gendarmerie in Kuntjich bei M. Schönberg verhaftete dieser Tage den 15-jährigen Schüler Josef S. A. hat in den letzten Monaten zahlreiche Diebstähle und sogar Raubüberfälle durchgeführt, und dabei eine Beute von über 15.000 K gemacht. Bereits als Schüler der zweiten Bürgerchulklasse stahl er einmal in einem Geschäft einen Betrag von 6000 K. Nach der polizeilichen Abstrafung wurde er dem Elternhause übergeben, brannte jedoch durch und ging nach Deutschland, wo er sich neuerlich durch Diebereien und Einbrüche durchschlug. Bei der Rückkehr nach Troppan wurde er festgenommen und den Eltern übergeben, ist jedoch neuerlich durchgebrannt und hat seither, wie erwähnt, zahlreiche Einbrüche und Diebstähle verübt. Eine Anzahl von Gendarmeriestationen und Polizeiamtern veranlaßten seine Verfolgung durch Steckbrief, die nimmehr zur Festnahme des jugendlichen Missetäters führte. 4000 K von der Beute fand man in einem Straßengraben verstreut, den Rest von ungefähr 11.000 K hat S. in Brünn, Olmütz, Mähr.-Odrau und Schönberg in Nachkolalen vergeudet. Seine Diebstähle legte er so raffiniert an, daß die Gendarmerie es gar nicht fassen konnte, daß ein Fünfhundertjähriger bereits so eingeweißt in alle Künste und Tricks des Verbrechens sein könnte.

Schredestat eines Wahnsinnigen. In der Marxeiler Vorstadt St. Louis tobete Montag nachmittag ein Wahnsinniger, der mit einem Gewehr bewaffnet war, einen Polizeikommissar und einen Polizeiunteroffizier. Bevor der Wahnsinnige entwaffnet und unschädlich gemacht werden konnte, verwundete er noch weitere sechs Personen.

Zum Hochschulkursus „Deutschlandische Woche“ wird mitgeteilt: Das Ministerium für Schulwesen und Volkshoch hat in seinem an die Landesräte gerichteten Erlaß vom 29. November 1929, Zf. 181.204/29-I, gegen die Beurlaubung der Kursteilnehmer keine Einwendung erhoben.

Große Explosionsgefahr auf der Unterelbe. Sonntag ereignete sich auf der unteren Elbe eine Kollision zwischen dem für Hamburg bestimmten rumänischen Taudampfer „Steara Romana“ und dem amerikanischen Dampfer „Fluor Spar“, wobei mehrere Benzintanks zertrümmert wurden, die sich in die Elbe ergossen, was eine Gefährdung der Schifffahrt darstellte. Nach polizeilichen Mitteilungen ist diese Gefährdung jetzt als beseitigt anzusehen. Das Led des rumänischen Taudampfers wurde inzwischen abgedichtet, 200 Tonnen des ausgelassenen Benzins sind verdampft. Die beschädigten Tanks werden auf dem Strom in Leichter entleert, worauf man den Taudampfer zu einer eingehenden Beschichtigung nach Schluß bringen wird. Für die Schleppe gestaltete sich das Herankommen an den Dampfer wegen der Feuergefährlichkeit, die von der auf dem Wasser liegenden Benzinschicht droht, sehr schwierig.

Brand im Theateraal. In den Morgenstunden des 29. November brach in dem Saale des Gasthauses Hofmann in Wildstein ein Brand aus, der durch einen schadhaften Ofen verursacht wurde.

Operation ohne Messer.

Bei einem schwer Gelbkrüchtigen, der in die Klinik des Wiener Universitätsprofessors und Chirurgen von Hohenegg eingeliefert wurde, erwies sich eine Bauchoperation als notwendig.

In dem Fall des gelbkrüchtigen Mannes wurde ein elektrischer Spitzbrenner angewandt. Man legte den Patienten auf einen Bleitisch, der einem Stromkreis angeschlossen werden konnte.

Versuche, durch diese Methode bösartige Geschwülste wie Krebs und gutartige Geschwülste zu beseitigen, haben bisher in Deutschland der Berliner Professor Dr. Franz Kehler, der Münchener Frauenarzt Döderlein und der Chirurg der Berliner Charité von Radecki angewandt.

Der Reichenberger „Vorwärts“ gegen die proletarischen Freidenker.

Wir erhielten von der Ortsgruppe Prag des proletarischen Freidenkerbundes und vom „Roten Studentenbund“ die nachstehende Zuschrift:

Der „Vorwärts“ vom 5. November 1929 beschäftigt sich mit dem Vortrag des Präsidenten der F.F., Prof. Hartwig, über „Freud und Marx.“

Begreiflicherweise kann sich der Artikel über die Vorgeschichte des Vortrages nur in Mutmaßungen ergehen. Der einfache Wirklichkeit entspricht die Feststellung, daß der Ausschuß der Prager Ortsgruppe des F.F. nicht rechtzeitig zusammentreten konnte, so daß die Ortsgruppe offiziell weder als alleiniger, noch, wie die Initiatoren beabsichtigt hatten, als Mitveranstalter fungieren konnte und dem Gen. Hartwig bei seiner Ankunft eröffnet wurde, er müsse im Roten Studentenbund sprechen.

Der Artikelsschreiber macht sich an, das sachliche Referat Hartwigs mit 25 Zeilen wütender Schimpferei zu erledigen, wobei er sich bis zur frechen Verdrehung versteigt, Hartwig habe die revolutionäre proletarische Bewegung durch Minderwertigkeitskomplexe erklären wollen!

Der erste moderne Staatsphilosoph.

Am 4. Dezember sind 250 Jahre seit dem Tode des großen englischen Philosophen Thomas Hobbes vergangen. Hobbes wurde im Jahre 1588 als Sohn eines Landgeistlichen geboren, studierte in Oxford, ging 1610 für drei Jahre aus finanziellen Gründen als Reisebegleiter eines englischen Adligen nach Frankreich und Italien und kehrte dann nach England zurück.

schaffen, zu dem der Prager Vortrag eine populäre Einführung sein sollte.

Was als „unheilvoller Versuch der Trobtkisten, die Diskussion überhaupt abzuwürgen“ bezeichnet wurde, war lediglich der Antrag eines Indifferenten auf Beschränkung der Redezeit, gegen welchen gerade ein Großteil der fälschlich als „Trobtisten“ hingestellten K.F.Mitgliedschaft stimmte, die eine Verkürzung ihrer angemeldeten Kontra-Redner befürchtete.

Volkswirtschaft und Sozialpolitik. Weitere Betriebseinstellungen in der Textilindustrie.

Wir haben bereits über die Betriebseinstellung der Maschwerke in Bodenbach und eines Betriebes in Heinersdorf an der Tafelschicht mit zusammen 700 Arbeitern per 1. Jänner 1930 berichtet. Der „Textilarbeiter“ meldet nun in seiner letzten Nummer von weiteren Betriebseinstellungen, die bevorstehen:

Die Firma Josef Kiedel in Wurzeltsdorf, Baumwollspinnerei mit 300 Arbeitern. Die Angestellten wurden mit 15. November sechswöchentlich gekündigt. In diesem Betriebe soll eine andere Erzeugungsart eingerichtet werden. Ein Teil der Arbeiterschaft wird jedoch nur übernommen werden, während der Großteil der Arbeiterschaft keine Beschäftigung finden dürfte.

Swarov: Die Firma Liebig hat in Swarov eine Baumwollspinnerei und Weberei und beschäftigt ungefähr 600 Arbeiter. Sämtliche Angestellte wurden mit 15. November gekündigt, woraus zu schließen ist, daß auch die Arbeiterschaft mit Ende des Jahres entlassen werden dürfte.

Reiten: Die Firma Limburger in Axonau und Reiten hat den Ausgleich angemeldet und, wie verlautet, sollen beide Betriebe mit gegen 300 Arbeitern stillgelegt werden.

Hammerstein: Die Firma Schwab in Hammerstein wird angeblich den Betrieb mit ungefähr 250 bis 300 Arbeitern in allernächster Zeit stilllegen.

Böhm.-Müch: Die Firma Blaschke, ehemals Schmitt, Druderei und Weberei in Böhm.-Müch, hat am 15. November sämtliche Angestellte gekündigt. Angeblich werden die Webstühle bereits nach Jfetal abtransportiert. Diese Firma besitzt auch in Liebenau einen Betrieb, aber auch dort steht die Abteilung Weberei schon längere Zeit vollständig still.

Die Meldungen über diese Betriebsstillstände bedeuten für die Textilarbeiterschaft eine förmliche Katastrophe. Wenn sich die Krise noch weiter ausbreiten sollte, ist mit einer sehr ersten Situation während der Wintermonate für die Arbeiterschaft zu rechnen.

Die Ursachen der immerwährenden Krisenzustände in der Textilindustrie dieses Staates sind schon wiederholt aufgezeigt worden. Unsere Industrie ist im allgemeinen Exportindustrie und vor allem ist es die Textilindustrie. Die tschechoslowakische Wirtschafts- und Handelspolitik trägt dieser Tatsache jedoch nicht entsprechend Rechnung. Es machen sich eben gegen eine der Industrie förderliche Handelspolitik die agrarischen Einflüsse so stark bemerkbar, daß es zu ver-

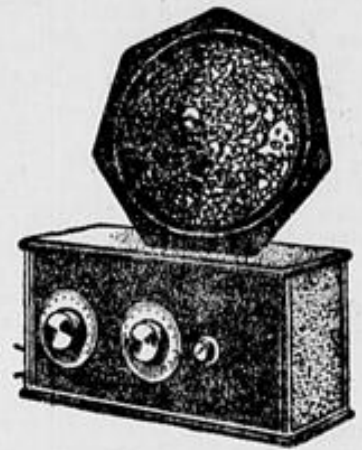
Wesen ist, also nicht unter den Begriff der Störpöfält. Aus dem gleichen Grunde bleibt auch die politische Geschichte ausgeschlossen, da sie nicht durch Ueberlegung zu erschließen, sondern nur aus der Erfahrung festzustellen ist. Von größter Tragweite aber war es, daß Hobbes das Gebiet des Staates, als eines sogenannten künstlichen Körpers, im Gegensatz zu dem natürlichen, mit denen es die Physik zu tun hat, ebenfalls in seine Körperlehre einbezog. Damit nämlich wurde Hobbes der erste exakte Staatsphilosoph.

Seine Ansichten über den Staat sind in seinem Buche „De cive“ („Ueber den Bürger“) niedergelegt, das den dritten Teil seines großen Werkes „Elementa philosophiae“ (Der erste Teil hieß „De corpore“ („Ueber den Körper“) in dem u. a. die oben erwähnten Ansichten über Bedeutung und Abgrenzung der Philosophie niedergelegt sind, der zweite, unwichtigere, „De homine“ („Ueber den Menschen“), der psychologische Betrachtungen enthält). Sein anderes großes Werk über den Staat nannte Hobbes „Leviathan“, da der Staat das große Tier sei, das alle Rechte des einzelnen verschlingen habe und dessen Seele nun der Herrscher sei, dessen Glieder die Beamten seien, in dem Eintracht die Gesundheit bedeutet usw. Entscheidend ist es, daß Hobbes den Staat ebenfalls als einen Körper auffaßt: da er durch den Willen der Menschen erzeugt und aus Verträgen und Gesetzen erschaffen worden sei. Dabei sei der Mensch nicht etwa von Natur aus gefellig, wie z. B. Ameisen oder Bienen, sondern im Gegenteil sei sein Naturzustand der Kampf aller gegen alle; jeder Mensch sei von Natur aus gleich und wolle alles genießen. Erst aus Selbstsucht, um in Sicherheit leben zu können, habe er Gesetze festgelegt. Dadurch habe nun jeder Einzelne gewisse

Advertisement for Philips radio. Features a large illustration of a radio set with the text 'Zu Weihnachten ein Rundfunkgerät' and 'PHILIPS RADIO'. Below the illustration is the Philips logo and the word 'PHILIPS' in large letters.

»T 2499« ein wohlfeiler, leistungsfähiger Fernempfänger mit regulierbarer Selektivität, Wellenbereich 200-2000 m, Penthode als Endröhre.

Mit Lautsprecher T 2016 K€ 1'195.—



PHILIPS

Ausschneiden und einsenden!

Form for requesting a Christmas prospectus. Fields include Name, Adresse, and Fa. (»PHILIPS« Glühlampen-Vertriebsges. m. b. H. Prag II., Václavské 4.).

nünftigen und für unsere Industrie vorteilhaftesten Handelsverträgen mit dem Ausland nicht kommen kann. Darunter leidet besonders unsere Textilindustrie und es ist gewiß keine Kleinigkeit, wenn unser Außenhandelsaktivum in Textilien im ersten Halbjahr 1929 um nicht weniger als 101.231.000 K gegenüber dem gleichen Zeitraum 1928 zurückgegangen ist.

Diese Ziffer ist Beweis dafür, daß unser Textilienexport stark beeinträchtigt ist und die am schwersten dabei in Mitleidenschaft Gezogenen sind die Arbeiter unserer nicht aus der Krise herauskommenden Textilindustrie.

Weihnachtsremuneration der Angestellten.

Zum Ansprache auf die Weihnachts- bzw. Neujahrsremuneration der Privatangestellten erfuhr uns der Allgemeine Angestelltenverband, Reichenberg, auf Grund der an ihn gelangenden zahlreichen Anfragen, die auf eine gewisse Unausgeglichenheit in der Auffassung über die Rechtslage schließen lassen, nachstehendes mitzuteilen:

Auch dann, wenn die Bezahlung einer Weihnachts- bzw. Neujahrsremuneration nicht ausdrücklich schriftlich oder mündlich vereinbart wurde, besteht darauf ein Rechtsanspruch, wenn eine solche Remuneration in dem betreffenden Orte oder in der betreffenden Branche üblich (orts- oder branchenüblich) ist oder in dem betreffenden Unternehmen mit einer solchen Regelmäßigkeit bezahlt wurde, daß die Angestellten damit als mit einem Bestandteil ihrer Bezüge rechnen können. Eine verschieden gestaffelte Höhe der Remuneration oder an deren Auszahlung geknüpfte allgemeine Bemerkungen ändern, wie in wiederholten Gerichtsentscheidungen ausgesprochen wurde, an diesem tatsächlichen bestehenden Rechtsanspruch nichts. In einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes wurde u. a. ausgesprochen, daß ein solcher Ortsgebrauch schon gegeben sein kann, wenn der Dienstgeber die Remuneration auch nur einmal ausbezahlt hat. Bei Lösung des Dienstverhältnisses vor dem Zeitpunkt, an welchem sonst die Remuneration ausbezahlt üblich ist oder wenn das Dienstverhältnis erst im Laufe der Zeit, für welche die Remuneration gewährt wird, begonnen hat, gebührt die Auszahlung in dem der Dauer der zurückgelegten Dienstzeit entsprechenden verhältnismäßigen Betrage. Die Weihnachts- oder Neujahrsremuneration hat mit der etwaigen Leistung von Überstunden nichts zu tun, welche gefordert zu entschönen sind.

Interessenten erhalten Auskünfte durch den Allgemeinen Angestelltenverband, Reichenberg, Turnerstraße 27 (Abteilung Rechtschutz), oder dessen Geschäftsstellen in Karlsbad, Haus „Stadt Berlin“, Teplitz-Schönau, Eichwalderstraße 30; Bodenbach, Dresdnerstraße 886; Reichenberg, Schloßgasse 1; Trautenau, Neumarkt 18/1; Brünn, Spinnergasse 11; Mähr.-Schönberg, Weismarterstraße 3/1; Mähr.-Ostrow, Straße des 28. Oktober Nr. 54.

Dr. Adler.

